

Gymis wollen Hausaufgaben abschaffen

Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien sind zunehmend überlastet. Sie geben Hobbys auf und leiden psychisch. Darum möchten Rektoren Druck abbauen

René Donzè

Für Andreas Niklaus ist klar: «Irgendwann geht die Gleichung nicht mehr auf.» Er ist Rektor der Kantonsschule Zürich Nord - mit 2200 Schülerinnen und Schülern eines der grössten Schweizer Gymnasien. Und er macht sich Sorgen: Nicht nur der Stoffdruck nehme zu, sondern auch die Erwartungen der Eltern, Lehrer und der Jugendlichen selbst. «Viele hören im Sportverein oder mit dem Musikunterricht auf, damit sie in der Schule bestehen können», sagt er. Oft sassen sie spät abends an Aufgaben. «Ein Grossteil der Freizeit wird in die Schule investiert. Das darf nicht sein.»

Eine Umfrage an seinem Gymi, an der 1800 Schüler teilgenommen haben, belegt das: Rund die Hälfte von ihnen arbeitet unter der Woche täglich zwei Stunden und mehr zu Hause für die Schule. An den Wochenenden sind es bei etwa der Hälfte vier Stunden. Das ergibt vierzehn Stunden Schularbeit - neben Schulweg und familiären Pflichten bleibt nicht mehr viel Spielraum.

Mädchen stärker belastet

Seine Mittelschule in Zürich Oerlikon steht damit nicht allein da: Das legt eine ähnliche Umfrage an der Kantonsschule Hohe Promenade im Zürcher Stadtzentrum nahe. Man sei zu vergleichbaren Resultaten gekommen, sagt Rektor Martin Schaub. Auch ein Teil seiner Schülerinnen und Schüler,

die meist aus bildungsnahen Familien kommen, bekunden Mühe mit den hohen Anforderungen. «Sorgen machen uns vor allem Belastungsspitzen, wenn Hausaufgaben, Prüfungsvorbereitungen und Projektarbeiten zusammenfallen», sagt Schaub. Gezeigt hat die Umfrage an beiden Schulen: Die Arbeitsbelastung ist bei den guten und schwachen Schülern etwa gleich hoch. Aber: Mädchen sind zeitlich und mental stärker belastet als Buben.

Psychiaterin Dagmar Pauli spricht von einer «relevanten Zahl von Gymnasiastinnen», die überlastet sind. «Wenn sie alles richtig machen wollen, was von ihnen verlangt wird, geraten sie in eine Erschöpfung, weil ihnen der Ausgleich in Form von entspannter Freizeit fehlt», sagt die Chefärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich. Sie hat kürzlich mit den Zürcher Gymirektoren über die Thematik gesprochen. Die Folge für die Jugendlichen: Depressionen, Schulvermeidung, Essstörungen. Diese Symptome treten laut Pauli gehäuft in Gymnasien und der Sek A auf. Grund sei nicht die Schule allein, doch könne ein stressförderndes schulisches Umfeld eine psychische Störung stark begünstigen.

Das Thema beschäftigt die Mittelschulen in der ganzen Schweiz. Nächste Woche trifft sich die Konferenz schweizerischer Gymnasialrektorinnen und -rektoren,

KEYSTONE



Mit der anstehenden Reform der Gymnasien dürfte der Druck weiter steigen: Kantonsschülerin bei der Arbeit. (Solothurn, 14. Mai 2018)

um auf Wunsch der kantonalen Verbände darüber zu diskutieren. «Es gibt viele Hinweise darauf, dass die zeitliche und psychische Beanspruchung immer höher wird», sagt der Präsident der Konferenz, der Solothurner Rektor Stefan Zumbrunn.

Nicht von ungefähr brennt das Problem derzeit den Rektoren besonders unter den Nägeln. Der Druck dürfte in naher Zukunft weiter steigen: Der Bund und die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren wollen die Zahl der Maturanoten von 13 auf 15 erhöhen. Und sie wollen den alten, schlanken Rahmenlehrplan durch ein umfangreicheres Werk ersetzen. Dagegen wehren sich die Rektoren. Sie fordern stattdessen vielmehr eine inhaltliche Entschlackung des Gymnasiums. In der Vernehmlassung haben sich auch viele Kantone kritisch geäussert zu den Plänen. Derzeit werten die Verantwortlichen die Stellungnahmen aus. Geplant ist, die Reform 2024 umzusetzen.

«Das wird die Situation für viele Schülerinnen und Schüler noch verschärfen», sagt Rektor Andreas Niklaus. An seiner Schule hat darum eine Arbeitsgruppe aus Schulleitung, Lehrer- und Schülerschaft Massnahmen zur Entlastung erarbeitet. Im Zentrum steht die Abschaffung der Hausaufgaben. Einzig die Literatur-Lektüre sowie die Prüfungsvorbereitung sollen noch zu Hause erfolgen - nicht aber das Verarbeiten von Schulstoff, für

den die Zeit in der Schule nicht reichte. «Nicht nur die Vermittlung, sondern auch das Üben des Stoffs gehört in den Unterricht», sagt Niklaus. Sein Ziel: Die Jugendlichen sollen zu Hause durchschnittlich nicht mehr als 30 Minuten täglich für die Schule arbeiten müssen. Das habe auch mit Chancengleichheit zu tun: Gerade in Zürich Nord stammen viele Schüler aus bildungsfernen Familien, die oft weniger Unterstützung bei Hausaufgaben bieten können. Als weitere Massnahme will die Kantonsschule die Prüfungen und Projektarbeiten besser koordinieren. Die Vorschläge müssen noch vom Lehrerkonvent genehmigt werden.

Ein heisses Eisen

Auch in der Kantonsschule Hohe Promenade wird die Belastung der Jugendlichen angegangen. Auch dort werden Massnahmen zur Reduktion der Arbeit zu Hause geprüft: «Es braucht einen didaktisch sinnvollen Umgang der Lehrpersonen mit den Hausaufgaben», sagt Rektor Schaub. Allerdings fände er sicher eine Stunde täglich vertretbar. «Fast noch wichtiger ist die gleichmässige Verteilung von Prüfungen und Projektarbeiten wie auch eine Diskussion über deren Anzahl, Umfang und Form.»

Mit den Hausaufgaben packen die Gymnasien ein heisses Eisen an. Das zeigen Diskussionen über deren Abschaffung in der Volksschule: Vermehrt verzichten vor

Depressionen, Schulvermeidung und Essstörungen treten gehäuft an Gymnasien auf.

allem Primarlehrerinnen oder ganze Schulhäuser auf die «Ufzgi». In Tagesschulen werden Aufgaben oft vor Ort erledigt. Vor allem Eltern sind dagegen. Sie befürchten, die Kontrolle über die schulischen Fortschritte ihrer Kinder zu verlieren. Aber auch in Lehrerkreisen gibt es Kritik.

Skeptisch gegenüber der Idee, diese auch in Gymis abzuschaffen, ist der Präsident des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrer Lucius Hartmann. «Auch das selbständige Arbeiten ohne Lehrperson muss geübt werden», sagt er. Und er warnt vor einer «Mogelpackung»: Wenn nicht gleichzeitig der Umfang des Schulstoffs reduziert werde, könnten anstelle der Hausaufgaben einfach die Vorbereitungen auf Prüfungen aufwändiger werden. «Damit wäre niemandem gedient.»

Die hohe Belastung der Gymis beschäftigt im Kanton Zürich auch die Bildungsdirektion. Sie hat dazu eigene Umfragen und Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. Noch sei es aber zu früh, um über konkrete Massnahmen zu informieren, sagt der zuständige Amtsleiter Niklaus Schatzmann. Nur so viel: Bereits hat die Bildungsdirektion als Pilotprojekt fünf Stellen für Schulsozialarbeit an den Mittelschulen bewilligt. Auch der Umgang mit Prüfungsformen und -menge an den Gymnasien dürfte zum Thema werden. Weitere Ideen werden laut Schatzmann bald präsentiert.

Classe politique

Brigitte Häberli-Koller, Gfrörl, lässt den Ständeratssaal wieder auf angenehme 22 Grad heizen. Die Präsidentin des Stöckli sagt, es seien zu viele Parlamentarier und Angestellte erkrankt. Dumm nur, dass das gemeine Volk immer noch zum Energiesparen angehalten ist und es weiterhin nicht so warm haben soll. Dabei müssten die Damen und Herren Ständeräte nur die Tipps der ehemaligen Energieministerin Simonetta Sommaruga befolgen: Sie empfahl Wollsocken und warmen Tee. Ein Halstuch und ein Pulli könnten das Erkältungsrisiko ebenfalls senken.

Ruedi Noser, Stilikon, entweicht derweil den Ständeratssaal mit seiner nachlässigen Kleidung.



Brigitte Häberli-Koller **Ruedi Noser**

Ausgerechnet der Zürcher FDP-Mann, der stricken und Socken stopfen kann und von sich sagt, er sei bei den Kleidern eitel, erschien am Montag ohne Kravatte. Dabei wäre eine solche obligatorisch, um dem offiziellen Charakter des Ortes zu entsprechen. Häberli-Koller liess Gnade vor Knigge gelten und gewährte Noser Einlass - nicht dass sich der Arme im Vorzimmer erkälte.

Grossbritannien als Plan B fällt weg

Nach der Lösung der Briten mit der EU steigt der Druck auf die Schweiz. Aber auch Brüssel steht unter Zugzwang.

René Donzè

Nachdem sich Grossbritannien mit der EU in der Nordirlandfrage geeinigt hat, zeichnet sich eine Assoziierung der Briten zum Forschungsrahmenprogramm Horizon ab. Zwar ist die Frage nach dem Preis noch offen, doch allgemein wird eine Lösung erwartet.

Das hat auch Auswirkungen auf die Schweiz. Sie wurde von Horizon ausgeschlossen, weil der Bundesrat das Rahmenabkommen platzen liess. Wenn sich nun die Briten mit der EU finden, fällt für die Schweiz ein Verbündeter für ihren sogenannten Plan B

weg: Dieser bestand darin, mit Ländern ausserhalb der EU Forschungspartnerschaften aufzubauen - als Alternative zu Horizon Europe. Die Briten hätten da eine wichtige Rolle gespielt, da sie über international führende Hochschulen verfügen. Im Herbst hatten die beiden Länder eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Tatsächlich liefen eine Zeitlang die Telefone heiss zwischen der Schweiz und der Insel. Inzwischen aber ist das Interesse aus London abgeflaut. Denn den Briten reicht das Geld nicht für eine Assoziierung an Horizon und alternative Kooperationsprogramme. So sagt auch die Basler SP-Ständerätin Eva Herzog: «Ein potenzieller Verbündeter für einen Plan B fällt weg.» Sie habe ohnehin wenig davon gehalten, da dies

Horizon nicht annähernd ersetzen würde. Mitte-Politiker Benedikt Würth, Präsident der ständerrätlichen Bildungskommission, sagt: «Das Interesse Grossbritanniens dürfte sich nach der Einigung mit der EU verändern, indem es sich nunmehr auf ausgewählte Spitzenforschung mit der Schweiz beschränken wird.» Ähnlich sieht es Luciana Vaccaro, Präsidentin des Hochschulrektorenverbands Swissuniversities. «Ein Plan B mit bilateralen Abkommen ist für die Forschung ohnehin immer nur die zweite Wahl.»

Wissenschaft und Bildungspolitik gehen darum davon aus, dass die neue Ausgangslage den Druck auf die Schweiz erhöht, die Verhandlungen mit der EU wieder aufzunehmen. Würth sagt, es sei offen, ob bereits die Verabschie-

dung des Verhandlungsmandates genüge für die Assoziierung zu Horizon Europe oder ob die EU dafür den Abschluss der Verhandlungen voraussetze.

Auf der anderen Seite steigt der Druck aber auch auf die EU, die Schweiz zu assoziieren. «Sollte Grossbritannien integriert werden, gibt es erst recht keinen Sinn mehr, wenn die Schweiz nach wie vor nicht dabei sein könnte», sagt FDP-Bildungspolitiker Christian Wasserfallen. Denn immerhin würden die Schweizer anders als die Briten sämtliche Freiheiten der EU anerkennen.

Nächste Woche kommt Maros Sefcovic, Vizepräsident der Europäischen Kommission, in die Schweiz. Er wird unter anderem mit Bundesrat Ignazio Cassis ein Gespräch führen.